

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 915 20-0
Telefax: (0228) 915 20-12 (Redaktion)
915 20-15

Inhalt

Die Bundeswehr darf nach dem Karlsruher Urteil von der Kohl-Regierung nicht mehr als politischer Spielball mißbraucht werden, erklärt **Manfred Opel MdB**.

Seite 1

Als Quittung für das magere Gipfelergebnis von Neapel wertet **Prof. Dr. Uwe Jens MdB** den Verfall des US-Dollars.

Seite 2

Die leeren Versprechungen Kohls haben den Erfolg der PDS in Ostdeutschland erst möglich gemacht, halten die SPD-Spitzenkandidaten von Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen sowie Brandenburgs Ministerpräsident **Manfred Stolpe** der Union vor.

Seite 3

Rudolf Scharping als Freund beschreibt in dem von **Hans Wallo MdB** herausgegebenen Buch "Rudolf Scharping - Der Profi" (ECON-Verlag) der Liedermacher **Konstantin Wecker**.

Seite 4

49. Jahrgang / 131

12. Juli 1994

Klarheit für die Bundeswehr

Zum "Karlsruher Urteil" über die Zulässigkeit von Bundeswehreinmärschen außerhalb der Landes- und Bündnisverteidigung

Von **Manfred Opel MdB**

Der eigentliche Sieger des "Spruchs aus Karlsruhe" ist die Bundeswehr. Die Soldaten wissen jetzt genau, welche Befehle dem Grundgesetz entsprechen und welche nicht.

Nach dem Urteil hat die Bundeswehr Anspruch darauf, daß die Politik darüber hinaus klare Rechtsgrundlagen für ihre Auftragsbefüllung schafft. Notwendig ist endlich ein Bundeswehr-Aufgaben-Gesetz.

Das Karlsruher Urteil hat die Bundesregierung unmißverständlich in ihre Schranken verwiesen. Es stellt klare Maßstäbe auf, wonach Militär nicht dazu benutzt werden darf, Fehler in der Friedens- und Entwicklungspolitik zu "korrigieren". Basisauftrag der deutschen Außenpolitik bleibt unverändert die Konfliktprävention durch aktive Friedenspolitik.

Das Recht zum Einsatz der Bundeswehr liegt nicht bei der Bundesregierung, sondern weiterhin uneingeschränkt beim Parlament.

Es ist das historische Verdienst der SPD, diese fundamentale Klarstellung erreicht zu haben.

Auch in Zukunft bleibt die Landes- und Bündnisverteidigung der Kernauftrag der Bundeswehr.

Die Bundeswehr darf sich zur Wahrung des Friedens an "echten" UN-Missionen beteiligen. Auch das entspricht der Auffassung der SPD.

Die Koalition wollte, ausweislich ihrer eigenen Bekundungen und Anträge, immer auch einen Militär-Einsatz außerhalb der UNO und ohne Parlament verfassungsrechtlich "legitimieren". Diese Interventions-Träume hat Karlsruhe gestoppt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 52,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verdienter Umgang
mit wertvollem Rohstoff
Recycling-Papier



Jetzt ist es an der Zeit, auf dieser Basis den Konsens der Demokraten zu suchen. Die Bundeswehr darf von der Kohl-Regierung nicht weiter als politischer Spielball benutzt werden.

Diese Mahnung hat Karlsruhe deutlich zwischen die Zeilen geschrieben.

(-/12. Juli 1994/hgs/fr)

Dollarverfall als Quittung für mageres Gipfelergebnis
Weltwirtschaftsgipfel hat sich an den tatsächlichen Wirtschaftsproblemen vorbei gemogelt

Von Prof. Dr. Uwe Jens MdB
Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Regierungschefs der westlichen Industrieländer haben sich beim Weltwirtschaftsgipfel an den tatsächlichen Wirtschaftsproblemen der Welt vorbei gemogelt. Kohl und Rexrodt haben ihr vorher gegebenes Versprechen, die bedrückende Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt der Gipfelgespräche zu stellen, wieder nicht eingelöst. Nach den vollmundigen Ankündigungen hatte die Welt vom Weltwirtschaftsgipfel konkrete Initiativen für einen beschäftigungswirksamen Aufschwung, für koordinierte Konzepte zur Konsolidierung der Staatsfinanzen und konkrete Absprachen zur Überwindung der Dollarschwäche und zur Wiedergewinnung von Währungsstabilität erwartet. Auch zusätzliche Impulse für den Welthandel zwischen den Industrieländern und mit den Entwicklungsländern ist der Wirtschaftsgipfel schuldig geblieben.

So wichtig auch die Bekämpfung des internationalen Drogenhandels, so wichtig auch die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist, so wichtig auch die Beseitigung regionaler Krisenherde ist, bei all dem scheinen Kohl und seine Kollegen vergessen zu haben, daß es sich um einen Wirtschaftsgipfel handelt, von dem die Menschen zu Recht konkrete Initiativen zur Lösung der gravierenden Wirtschaftsprobleme der Massenarbeitslosigkeit, der Unsicherheit auf den Finanzmärkten und der Gefahren für den Welthandel erwarten. Auch zur Bekämpfung der weltweiten Umweltzerstörung und Massenarmut in den Entwicklungsländern hätten wichtige Signale vom Weltwirtschaftsgipfel ausgehen müssen.

Stattdessen ist wieder außer Spesen nichts gewesen. Die Gipfelklärung ist ein Bauchladen von Appellen, mit denen die Regierungschefs und allen voran Bundeskanzler Kohl wieder ihre Inkompetenz zur Lösung konkreter Wirtschaftsprobleme unter Beweis gestellt haben.

Der weitere Dollarverfall, der für die deutsche Wirtschaft schwere Wettbewerbsnachteile mit sich bringt und Arbeitsplätze gefährdet, ist die Quittung der Finanzmärkte für das magere Gipfelergebnis.

(-/12. Juli 1994/hgs/fr)

Die Union spaltet Deutschland

Erfolg der PDS durch leere Versprechungen Kohls

**Von Karl-Heinz Kunckel, Spitzenkandidat der SPD in Sachsen, Harald Ringstorff,
Spitzenkandidat der SPD in Mecklenburg-Vorpommern, Gerd Schuchardt, Spitzenkandidat der
SPD in Thüringen und Manfred Stolpe, Ministerpräsident von Brandenburg**

Die Kampagne der CDU gegen die geplante Regierungsbildung in Sachsen-Anhalt nimmt groteske Züge an. Fünf Jahre nach dem Ende des Kommunismus in Europa die Kommunistenfurcht der alten Bundesrepublik als Wahlkampf-Waffe benutzen zu wollen, geht an den Realitäten vollständig vorbei. Die CDU geht auf Stimmenfang im Westen und zeigt erschreckende Unkenntnis der Verhältnisse im Osten. Die Kampagne der Union trägt nicht zur inneren Einheit Deutschlands bei. Sie spaltet!

Die PDS hat in den neuen Bundesländern Erfolge erzielt, weil sie die Enttäuschung der Menschen über die Politik der Bundesregierung mobilisieren konnte; insofern haben die nicht eingehaltenen Versprechungen Helmut Kohls den Boden für die PDS-Erfolge bereitet. Die jetzige Kampagne der CDU verleiht der PDS zusätzlich neue Bedeutung.

Die SPD als gesamtdeutsche Partei bietet mit ihrem in Halle beschlossenen Regierungsprogramm den Menschen in Ostdeutschland eine bessere Alternative - ohne die PDS.

(-/12.7.1994/vs-he/hgs)

Mein Freund Rudolf

Von Konstantin Wecker *

Es sollte ein ganz inoffizielles, fast heimliches Treffen werden in der Toskana. Wir wollten mal wieder bei ein paar Flaschen guten Weines die Welt neu ordnen, über Literatur streiten und gute Musik hören. Seine reizende Frau Jutta war dabei, meine Freundin Kerstin und Jupp und Karl-Heinz, die Polizisten der Sondereinheit. Die beiden passen schon seit langem so unauffällig und dezent auf Rudolf Scharping auf, daß man sie zunächst für gute Bekannte hält und nicht für Bodyguards. Das ist allerdings auch nur möglich bei jemandem wie Rudolf, der seine Mitmenschen nicht nach Rang und Namen, in Untergebene und Chefs einteilt, sondern zuerst mal alle respektvoll als Menschen behandelt.

Unser Treffen hatten wir schon im Januar 91 verabredet, aber dann wurde Scharping am 21. Mai 1991 Ministerpräsident, und nun hatten wir die italienische Polizei am Hals. Sie meinten es sicher gut mit uns, aber bald war uns kein Schritt aus meinem Haus mehr möglich, der nicht mit Blaulicht begleitet wurde. Ein paarmal gelang es uns, durch die Hintertür über die Felder zu entweichen, um es uns ungestört im "Le Logge" in Siena an Leib und Seele gutgehen zu lassen.

Im Januar 87, bei einem gemeinsamen Konzert mit Hanns Dieter Hösch, haben wir uns kennengelernt. Es gab anschließend eine kleine Party in seinem Haus. Ich habe ihm geraten, sein Klavier wieder mal stimmen zu lassen, damit sich seine Töchter nicht das Gehör verderben. Er hat mich von seinen Pfälzer Weinen überzeugt, und ich habe mich über die Politiker beschwert, die uns Künstler so

geme zum Wahlkampf aus der Kista zaubern und anschließend die Kultur schlichtweg vergessen und anderen politischen Zwängen opfern. Er hat mir ruhig erklärt, daß er, ähnlich wie Engholm, nicht zu dieser Gattung gehört, und heute weiß ich, daß das keine Floskel war. Im September waren wir gemeinsam auf dem Münchner Oktoberfest, ohne großes Brimborium, ohne vorher die örtliche Presse informiert zu haben, ohne Klatschreporter und Fotografen - so, wie er es liebt.

Es ist bei Rudolf immer wieder möglich zu vergessen, daß er Ministerpräsident ist. Ich glaube, nur so läßt sich eine Freundschaft auch aufrechterhalten - und ich wünsche ihm und uns von Herzen, daß ihm das bei seinen kommenden Aufgaben nicht verlorengehen möge.

Ich weiß, daß Rudolf Scharping oft für einen trockenen und etwas spröden Beamtentypen gehalten wird, aufrichtig zwar, fleißig und korrekt, aber nicht gerade vor sinnlicher Lebensfreude sprühend, und viele wundern sich über unsere Freundschaft. Sicher unterscheidet uns vieles, allein schon, daß ich als Künstler eine Narrenfreiheit besitze und benütze, die einen Politiker die Karriere kosten könnte. Aber ich kenne Rudolf auch als einen Menschen, der bis vier Uhr morgens meinen Geburtstag feiert, meine Freunde mit seinem Witz begeistert, auf der Heimfahrt nach Mainz im Auto schläft, um sich dann pünktlich um acht Uhr wieder dem Regieren zu widmen.

Wo ich den Leuten gleich um den Hals falle, wenn mir das Herz voll ist, hält er sich eher zurück. Wenn ich schallend lache, schmunzelt er, wo ich drauflosplappere, hört er zu. Und das fasziniert mich wirklich an ihm, daß er so gut zuhören kann. Ich kenne viele Politiker, die in der Öffentlichkeit, während man mit ihnen spricht, unruhigen Blicks die Umstehenden nach Fans und Feinden ausloten, aber Rudolf kann sich auf den einzelnen immer voll konzentrieren.

Ich wünsche mir manchmal etwas von seiner Besonnenheit und seinem Sinn für Ordnung, und er würde sich sicher auch gern mal so chaotisch gehenlassen wie sein Freund. Diese Unterschiede einen uns wohl.

Es gibt sicher einige Punkte, wo ich politisch andere Wege einschlagen würde - zum Beispiel war ich immer ein erklärter Gegner der Grundgesetzänderung des Asylparagraphen. Wir haben uns auch darüber auseinandergesetzt. Aber warum sollen Freunde nicht verschiedener Meinung sein, sich streiten und trotzdem Freunde bleiben?

Sicher, manchem mag das nun alles zu unkritisch erscheinen, und ich müßte doch nun gefälligst auch über Rudolf Scharpings Macken und Schwächen loswettern - aber ich mag ihn nun mal, diesen Rudolf Scharping, und ich gehöre nun mal zu den Menschen, die zu ihren Freunden stehen. Ich werde nicht zum Parteisänger mutieren und er nicht zum Anarchisten. Aber wir werden uns sicher noch oft die eine oder andere Flasche Wein schmecken lassen und den Sicherheitsbeamten auf ein paar Stunden davonflutschen, um uns dann wie zwei kleine Buben diebisch zu freuen.

* aus dem soeben im ECON-Verlag erschienenen Buch "Rudolf Scharping - Der Proff", herausgegeben von Hans Wallow, 261 Seiten, DM 39,80

(-/12. Juli 1994/hgs/fr)
